



Leni Breymaier
Mitglied des Deutschen Bundestages

Pressebericht

Spitz beim Thema Kinderbetreuung

Leni Breymaier, MdB, tauscht sich mit Bürgermeister Norbert Bereska und dem Gemeinderat aus

Berlin, 19.07.2018

Leni Breymaier, MdB

Beim Hecht 1
73430 Aalen
Telefon: +49 7361-5588093
Fax: +49 7361-5588095
leni.breymaier.wk@bundestag.de

Berliner Büro:

Platz der Republik 1
11011 Berlin
Büro: Jakob-Kaiser-Haus
Raum: 1.438
Telefon: +49 30 227-75471
Fax: +49 30 227-70470
leni.breymaier@bundestag.de

Nattheim – Zum Gemeindebesuch nach Nattheim kam die SPD-Bundestagsabgeordnete Leni Breymaier und sprach mit Bürgermeister Norbert Bereska und Mitgliedern des Gemeinderats über die Entwicklung der Kommune. „Die Infrastruktur der Gemeinde ist gut aufgestellt“, betonte Bereska und hob als aktuell wichtigstes Projekt den Umbau der Wiesbühlenschule mit 5,5 Mio. Euro hervor, wobei der Brandschutz einen erheblichen Teil der Kosten einnehme. Das Thema Windkraft habe den Ort in der Vergangenheit beschäftigt und zu intensiven Diskussionen geführt. Man unterstützte die Energiewende, „diese müsse mit Vernunft, im Einklang mit der Umwelt und den in der Gemeinde lebenden Menschen umgesetzt werden“, hieß es Seiten des Gemeinderats. Diese Auffassung unterstützte ausdrücklich auch Breymaier, die die Immissionen und Auswirkungen der Anlagen sehr ernst nehme. Ein Ärztemangel herrsche in Nattheim mit seinen acht Allgemeinmedizinern am Ort nicht, auf das Familienzentrum und die Kinderbetreuung sei der Gemeinderat stolz. „Das Thema Betreuung hat einen großen Stellenwert in Nattheim“, meinte Bereska, die Gemeinde reagiere auf die Flexibilität, die von den Eltern heute verlangt werde. Die Gemeinderäte Erwin Schöfl und Günther Paschaweh (beide SPD) unterstrichen in diesem Zusammenhang gegenüber Breymaier die Wichtigkeit das Thema „gebührenfreie Kinderbetreuung“ durch Land und Bund zügig umzusetzen. Dazu habe die Bundesregierung einiges auf den Weg gebracht, versicherte Breymaier. Mit dem „Gute-Kita-Gesetz“ wolle man in den kommenden Jahren Milliarden an die Bundesländer geben, um die Qualität der Kinderbetreuung weiter zu verbessern. Die Länder und gerade auch Baden-Württemberg müssten bei diesem Thema nun liefern. Für die Zukunft wurde ein kontinuierlicher Dialog zwischen der Gemeinde und der Abgeordneten vereinbart.